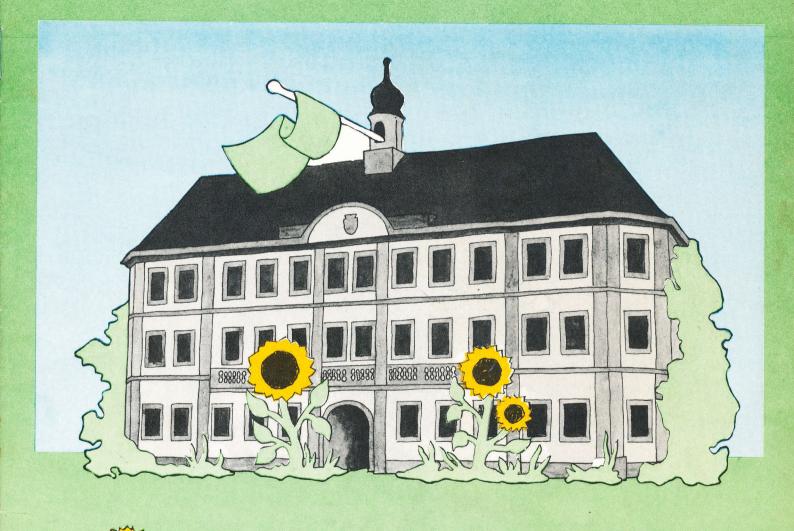
DIE GRÜNEN INS RATHAUS



Kommunalprogramm der Neustadter Grünen

An die, die's betrifft

Lossen de Wald verrecke Lossen die Bäch gradschdrecke Lossen die Äcker bedoniere Lossen d'Landschaft verhunze Lossen de Rhei verdrecke Lossen die Schornstä Gift kotze Unn sinn getrooscht, 's verdient sich alleweil änner en Haufe Geld debei.

Lossen eich uff die Zeh trete Lossen eich uff die Naas rotze Lossen eich die Gosch zuheewe Lossen eich die Kapp iwwer die Aache ziehe. Lossen eich die Wurzle abschneide Lossen eich die Schprooch versaue Unn sinn getrooscht, 's verdient sich alleweil änner en Orde debei.

Unn jetzt gehn hääm, weschen eich die Händ, hucken eich vor de Kaschde, lossen eich mit Kitsch vollstobbe, lossen eich's Hern uffwääche, lossen eich die Seel plattwalze. Unn wann de Köpke "gut Nacht" g'sacht hot, hängen eich uff.

André Weckmann (Elsaß), ins Pfälzische übersetzt.

Inhaltsverzeichnis

Präambel											•								Seite	2
So wollen wir	kom	nm	una	alp	oli	tisc	ch	arl	bei	ter	١.			,					Seite	2
Umwelt und N	atur	scł	nut	Z			٠									. 10 •			Seite	4
Verkehr																			Seite	5
Wohn- und Ba	upo	litik	(•		Seite	6
Denkmalschutz												4.						·	Seite	6
Soziales						•	٠												Seite	7
Jugend																			Seite	7
Drogenproblem	atik			٠											•				Seite	7
Alte Menschen	•															12.4	o E		Seite	8
Frauen																			Seite	9
Kultur	•																		Seite	10
Denkmäler															٠				Seite	10
Neue Medien .	•																		Seite	11
Wirtschaft			•																Seite	12
Arbeitslosigkeit																			Seite	13
Frieden																			Seite	14

PRÄAMBEL

Warum wollen die GRÜNEN in das Neustadter Rathaus?

Wir sehen unsere Zukunft bedroht

- durch eine Rüstung, deren Anwendung die Vernichtung Europas, wenn nicht der ganzen Welt zur Folge haben muß;
 - durch die Vergiftung unserer Umwelt, die unsere Lebensgrundlage und unsere Gesundheit zerstört:
 - durch die Vergeudung beschränkt vorhandener Rohstoffe, die nachfolgenden Generationen sowie den ärmeren Teilen der Welt die Möglichkeit der Sicherung einer menschenwürdigen Existenz beschneidet;
 - durch Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen, die immer mehr Menschen die Möglichkeit nehmen, ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern.
- durch Wohn- und Lebensbedingungen, die die Vereinsamung f\u00f6rdern und Teile der Bev\u00f6lkerung daran hindern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen;
- durch den Abbau demokratischer Rechte, der die Freiheit des Einzelnen und die Möglichkeit der notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen beschränkt.

Vor diesem Hintergrund, getragen von einer Welle unterschiedlichster Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und Organisationen entstand 1979/80 die Partei der GRÜNEN.

Auch in Neustadt wird die verhängnisvolle globale Entwicklung deutlich:

- die Atomwaffenstation bei Geinsheim macht Neustadt zum Erstschlagziel;
- im Neustadter Forst gibt es keinen gesunden Hektar Wald mehr. Auch bei uns sind die Folgen des sauren Regens drastisch;
- im Raum Neustadt beträgt die Arbeitslosigkeit ca. 11 %. Zahlreiche Betriebe mußten schließen weitere Konkurse sind nicht auszuschließen;
- es bestehen unzureichende Beteiligungsmöglichkeiten für den Bürger im kommunalen Bereich.

Wir sehen in der parteipolitischen und parlamentarischen Arbeit eine Möglichkeit, dieser Misere entgegenzuwirken.

So wollen wir kommunalpolitisch arbeiten:

Die Neustadter GRÜNEN treten zur Kommunalwahl an, weil auch im Neustadter Stadtrat eine ökologische, soziale, basisdemokratische und gewaltfreie Politik vonnöten ist, um eine tiefgreifende, langfristig stabile gesellschaftliche Umkehr zu fördern. Da diese jedoch nur schrittweise zu erreichen ist, haben wir im folgenden Programm versucht, realisierbare Schwerpunkte für unsere Arbeit im Rathaus aufzuzeigen.

Als grüne Stadtratsfraktion haben wir die Möglichkeit, effektiver als bisher an der Gestaltung der Kommunalpolitik mitzuwirken, grüne Ideen zu aktualisieren, um auch in unserer Stadt einen Bewußtseinswandel voranzutreiben, der es ermöglicht, uns und unsere Kinder in eine lebenswerte Umwelt zu erhalten.

Die vier Säulen kommunaler Politik sind auch oder gerade auf kommunaler Ebene sehr wichtig. Gerade im Bereich Umweltschutz stehen der Kommune viele Möglichkeiten zur Verfügung. Ein effektiver Umweltschutz kann allerdings erst dann geleistet werden, wenn auf Landes- und Bundesebene die entsprechenden und nötigen Rahmenbedingungen geschaffen sind.

Auch in unserem Bestreben, Basisdemokratie einzuführen, bis zum direkten Bürgerentscheid, müssen wir eben da ansetzen, wo später diese wirkliche Demokratie auch durchgeführt werden soll, in der Kommune. Daß der Wähler nur alle fünf Jahre zwischen ca. vier bis fünf Wahlpaketen entscheiden darf, kann doch nur die erste Stufe von Demokratie sein.

Da Verwaltung und Stadtrat für die Bürger vorhanden sein sollen, müssen diese auch Rechte haben, um direkt in deren Entscheidung eingreifen zu können.

Wir wissen, daß kommunalpolitische Probleme nur schwer befriedigend zu lösen sind, da deren Ursachen sich oft dem unmittelbaren Einfluß der Kommunen entziehen oder aber Lösungen nicht finanzierbar sind. Aus diesem Grund treten wir für die Erweiterung des politischen und finanziellen Handlungsspielraumes der Kommunen ein.

Grüne Kommunalpolitik bedeutet kritischen Bezug zur Stadtverwaltung und zu kommunalen Machtgruppen, aber solidarische Haltung zu den Initiativen im außerparlamentarischen Bereich, die das Leben in Neustadt verbessern, erleichtern, farbiger und menschlicher gestalten wollen.

Unsere Arbeit im Stadtrat soll von Initiativen kritischer und phantasievoller Menschen mitgetragen werden, wie auch dieses Kommunalprogramm in Zusammenarbeit mit etlichen Bürgern und Bürgerinnen Neustadts entstanden ist.

Wir wollen als Basisgruppe und Stadtratsfraktion da "Brücken schlagen", wo es gilt, mit anderen Parteien Probleme fair zu diskutieren, Lösungen zu suchen, um die Anliegen der Mitbürger, aber auch die von Minderheiten zu vertreten.

Das heißt, wenn wir in der Sache übereinstimmen, werden wir über alle Parteigrenzen hinweg zu konstruktiven Zusammenarbeit bereit sein!

Ganz sicher aber werden wir im Stadtrat

- gegen weitverbreitete Arroganz und das "Scheuklappendenken" der Etablierten
- gegen "Vetternwirtschaft", Parteienproporz und Politik über die Köpfe der betroffenen Bürger hinweg gegen den Raubbau der Natur in unserer n\u00e4heren Umgebung
- gegen Betonpolitik und Abriß erhaltenswerter Bausubstanz

eine "grüne Barrikade" errichten!

Um den Neustadter Bürgern Einblick in kommunalpolitische Zusammenhänge sowie Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten, wollen wir

- zu regelmäßigen Berichten grüner Stadträte öffentlich einladen;
- Bürgerbegehren fördern;
- Fraktionssitzungen grundsätzlich öffentlich durchführen;

Arbeitstreffen zu kommunalpolitischen Schwerpunktthemen mit den Betroffenen, Initiativen und Fachleuten veranstalten.

Das vorliegende Programm ist noch nicht vollständig, es beschreibt vielmehr den Diskussionsstand um die Beschlußfassung der Neustadter GRÜNEN vom April 1984. Nach unserem basisdemokratischen Verständnis wird die Programmdiskussion laufend fortgesetzt. Wir bitten daher die Leser/innen um Kritik und Anregungen.



"Versprechungen, nichts als Versprechungen, der Typ hätte Politiker werden sollen!"

UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Umwelt- und Naturschutz

Auch in Neustadt hat sich die ökologische Situation in den letzten Jahren durch unzählige natur- und umweltzerstörenden Maßnahmen drastisch verschlechtert. War früher der Ordenswald ein artenreiches Feuchtgebiet, so findet man heute vorwiedend standortuntypische Kiefernbepflanzung vor. Noch bestehende Kleinbiotope sind durch weitere Baumaßnahmen, wie z. B. der geplante Bau des Autobahnzubringers-Mitte und die drohende Golfplatzerweiterung bei Geinsheim gefährdet. Die früher auch reizvollen Weinberge am Haardtrand sind durch übertriebene Flurbereinigung und andere bauliche Maßnahmen einer sterilen Monokultur gewichen.

Während früher Trockenmauer der Weinbergterassen, Hekken und zahlreiche Bäume Artenreichtum sicherten, ist dieses heute durch "moderne" Weinbaumethoden weitestgehenst verschwunden.

Das bedeutenste Naherholungsgebiet, der Pfälzer Wald, ist durch die zunehmende Luftverschmutzung stark gefährdet. Alle Baumarten zeigen bereits heute, auch im Neustadter Forst, erhebliche Schadsymptome des "Sauren Regens". Es ist kein Hektar gesunden Walds mehr vorhanden.

Ziel einer verantwortungsvollen Kommunalpolitik kann daher nur sein, dieses doch im Kern reizvolle Landschaftsbild als ökologische Einheit zu bewahren und bereits sichtbare Zerstörungen zu korrigieren.

Grundsätzliches:

Eine politische Initiative des Naustadter Stadtrates und der Stadtverwaltung für eine schärfere Begrenzung des Schadstoffausstosses von Kohlekraftwerken.

- Untersuchung aller alter Müllkippen auf umweltgefährdende Stoffe
- Landschaftsveränderungen und -pflege von schutzwürdigen Gebieten dürfen nur noch von einem Biologen und nicht von Technikern des Bauamtes vorgenommen werden.

Bei Planfeststellungsverfahren müssen die Einwände der anerkannten Natur- und Umweltschutzverbände verstärkte Berücksichtigung finden.

Außerdem sind wir für eine vermehrte Anhörung des Landespflegebeirats und verstärkte Berücksichtigung seiner Empfehlungen.

- Ständige Überwachung der Wasserqualität des Reh- und Speyerbachs sowie die Abwassereinleitungen, auch der des Klärwerkes.
- Regelmäßige Anhörung der Umweltschutzverbände im Stadtrat.
- Förderung von ökologischem Wein- und Landbau.
- Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen, die durch den Bau von Straßen und Industrieanlagen bedroht sind, um die Existenz der Landwirte nicht zu gefährden.
- Keine weitere Genehmigung von Massentierhaltungen; schrittweiser Abbau von vorhandenen.





Konkretes:

A. Ebene

- 1. Flurbereinigungen sind nur in ökologischem Rahmenzu genehmigen. Auf die Schaffung und Erhaltung biologischer Kleinstrukturen ist zu achten.
- 2. Keinerlei Veränderungen im Landschaftsschutzgebiet Ordenswald.
- Schutz und Wiederherstellung der Feuchtwiesen am Ordenswald.
- 4. Standorttypische Waldwirtschaft am Ordenswald. Mischwald. Kein Kahlschlag, sondern Plenterwaldwirtschaft.
- 5. Wiederbewässerung des Grabensystems im Ordenswald zur Verbesserung der Grundwassersituation.
- 6. Keine Golfplatzerweiterung, sondern Erweiterung des Naturschutzgebietes "Lochbusch Königswiesen".
- 7. Verzicht auf den Autobahnzubringer NW-Mitte, kein Abriss des Holzhofes, keine Rehbachverlegung, Erhalt des Grünzuges (von überregionaler Bedeutung 600 Bäume).
- 8. Kein weiterer Ausbau des Industriegebietes in Lachen-Speyerdorf, sondern Erhalt der ökologisch wertvollen Flächen als Naturschutzgebiet.
- 9. Landschaftspflege durch Bach- und Weghecken, Feldbäume, Erhalt der Trockenmauern als Lebensraum von Höhlenbrütern und Mauereidechsen, Pflege der Feld- und Wegraine.

B. Haardtrand

- 1. Keine weitere Haardtrandbebauung.
- 2. Das Gebiet von der Wolfsburg entlang des "Sonnenweges" bis zum Haardter Schloß ist zur Sicherung der Brutstätten der äußerst seltenen und vom Aussterben bedrohten Zaunammer zum Naturschutzgebiet zu erklären.
- 3. Naturnahe Nutzung der Wasserrückhaltebecken entlang der Weinstrasse durch Anlegen von kleinen Teichen ohne Durchfluß innerhalb der Wasserrückhaltebecken.

C. Pfälzer Wald

- 1. Einrichtung eines Waldsterbenlehrpfades zur Verdeutlichung von Waldschäden im Neustädter Raum und zurSchaffung von mehr Umweltbewußtsein.
- 2. Offenhalten der Wiesentäler im Kaltenbrunner Tal zur Erhaltung der dortigen Pflanzenvielfalt; Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet.

D. Städtischer Bereich

- 1. Einstellung unnötiger Belastung der Gewässer und der Straßenbäume durch die städtische Verwaltung durch Salzstreustop im Winter.
- 2. Verzicht auf Pestizideinsatz auf allen öffentlichen Plätzen und Wegen.
- 3. Naturnahe Gestaltung der städtischen Parkanlagen, insbesondere Umgestaltung des Brunnens der Hetzelanlage in einen Stadtteich.
- 4. Erhalt des innerstädtischen Grüngürtels, insbesondere Wallgasse und Festplatzbereich.
- 5. Erstellung einer Baumschutzverordnung.
- 6. Grüne Mülltonne; getrennte Einsammlung des Mülls; organische Abfälle werden zentral kompostiert.

VERKEHR

Die GRÜNEN NW treten ein für eine generelle Wandlung der bisherigen Verkehrspolitik. Noch immer wird das Auto als Symbol des Wohlstands, der Freiheit und als ein unentbehrlicher Wirtschaftsfaktor angepriesen. Doch die vom Autoverkehr und vom Straßenbau ausgehenden Belastungen für Mensch und Natur nehmen immer mehr bedrohliche Formen an.

Wir setzen uns ein für:

- Ausbau des Radwegenetzes;

Radweg nach Lambrecht, Speyerdorf; an allen wichtigen und stark befahrenen Straßen Trennung der Fahrbahnen von Rad und Auto durch bauliche Maßnahmen oder weiße Linie; bei Straßenneubau müßen auf beiden Seiten 1.30 m breite Radwege mit eingeplant werden, die durch Grünflächen von der Fahrbahn getrennt sind; allerdings sind wird aus ökologischen Gründen gegen den millionenteure "Ausbesserung" des Radweges NW- Speyer im Ordenswald, wie sie derzeit betrieben wird.

- Ausweitung der Fußgängerzone Stangenbrunnegasse, Schütt (ab Gabelsbergerstraße), Landschreibereistraße, Fröbelstraße (bis Hetzelstraße).

- Behindertengerechte Stadt.

Wir sind für behindertengerechte Eingänge und Einrichtungen in allen städtischen und öffentlichen Gebäuden und für behindertengerechte Verkehrsplanung (mehr Behindertenparkplätze, flache Bordsteine, WCs, usw.)

- Einrichtung von Spielstraßen

z. B Böhlstraße, Sandfeldweg, Berliner Straße, Marconring, Lincolnstraße, usw. Fußgänger Radfahrer und Kinder haben hier absoluten Vorrang vor den Autovekehr; bauliche Maßnahmen zwingen die Autofahrer zu langsamem Fahren.

Wir fordern eine generelle Einführung von Tempo 30 in Wohngebieten, LKW-Durchgangsverkehr ist verboten! Straßenbaumaßnahmen sind im wesentlichen auf die notwendige Erhaltung und Abrundung des bestehenden Straßennetzes zu begrenzen.

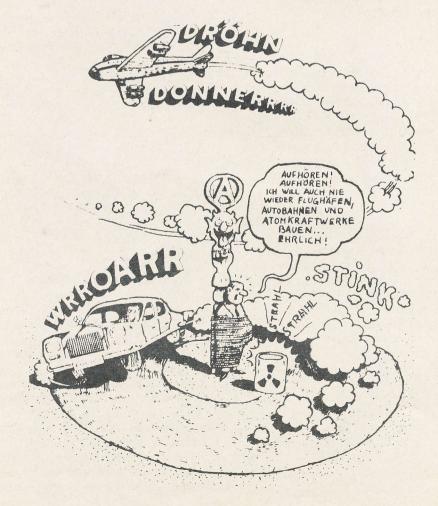
Wir sind entschieden gegen jeglichen Straßenneubau! Nicht genug, daß jede Mark, die hier vergeben wird, sinnlos verbetoniertes Geld ist, es werden dadurch noch die allerletzten ökologisch noch einigermaßen intakten Gebiete zerstört.

Darum:

- keinen Zubringer Mitte
- keine Anbindung der Probstgasse an die Speyerdorfer Landstraße.
- keine Totalortsumgehung Lachen Speyerdorf.
- keine Untertunnelung des Bahnhofsvorplatzes und damit verbunden Straßenneubau entlang der Bahnlinie.
- keine Verbindung Luisen Schwesternstraße.

Der öffentliche Nahverkehr muß hingegen ausgebaut werden:

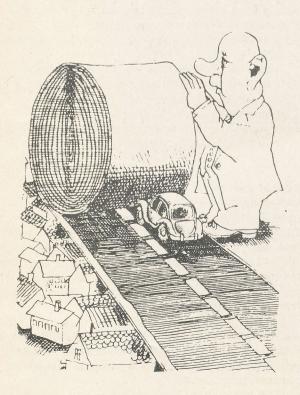
kürzere Taktzeiten, Spätbusse, günstigere Tarife, Einstiegsmöglichkeiten für Behinderte und Alte, Monatskarte für das gesamte Stadtgebiet.



WOHN- UND BAUPOLITIK

Wir fordern:

- 1. Eine menschenfreundliche, soziale und umweltfreundliche Architektur; das bedeutet auch u. a. keine weitere Haardrandbebauung;
- 2. Berücksichtigung baubiologischer Gesichtspunkte beim Errichten und moderniesieren von öffentlichen Gebäuden und von privaten Sanierungsvorhaben sowie Neubauten.
- 3. Keine Vernichtung gut erhaltenen Wohnraumes; Instandsetzung hat Vorrang vor Abriß und Neubau. Nach einer baulichen Sanierung müssen die Mieten für die bisherigen Bewohner annehmbar sein.
- 4. Die Schaffung überschaubarer Einheiten bei allen Sanierungsvorhaben, Mischung von nichtstörenden Arbeitsstätten, vor allem von Reparaturbetrieben mit Wohngebieten.
- 5. Erhalt und Erweiterung innerstädtischer Grün- und Erholungsflächen. Erhaltung und Erweiterung von Kleingartenanlagen, Verwendung von ungenutzten Flächen für weitere Kleingärten.
- 6. Verbesserung von Spielmöglichkeiten in der Nähe von Wohnungen; Umgestaltung von Betonflächen und von geeigneten Straßen.
- 7. Schaffung von Möglichkeiten kleinerer Gemeinschaftstreffpunkte, die von Wohngebieten aus gut erreicht werden können.
- 8. Umfassende Information und wirkliche Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger an allen Planungen.
- Eindämmung der inflationstreibenden Bodenspekulation.
 Ersetzen des Maklerwesens durch kostenfreie örtliche Wohnungsvermittlung der Gemeinden.
- 11. Mehr behindertengerechte Wohnungen.



Denkmalschutz

In Neustadt gibt es etliche Baudenkmäler, die für unsere Stadt typisch waren und den Planierraupen zum Opfer fielen; (z. B. die Villen in der Exterstraße; heute sterile Versicherungs- und Bürogebäude; das sog. Bachgängel und Altstadt; heute: Straße/Parkplatz und Karstadtkomplex; usw.)

Die Erhaltung gewachsener Strukturen und Architektur dient der Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt. Mensch und Stadt sollen ihre Individualität beibehalten. Die spezifischen Charakteristike der historisch gewachsenen Stadt müssen gefördert, jede "Nivellierung" auf bloße Rentabilität und Funktionalität unterbunden werden.

Die internationale Stahl-Beton-Glas-Raster-Architektur, vorwiegend wirtschaftlich begründet, läßt Menschen und Stadt verkümmern.

Der Mensch zieht sich aus der unwirtlichen Stadt in seinen Intimbereich zurück. Engagement und mitmenschlicher Kontakt nehmen ab. Auf den Zusammenhang des Denkmalschutzes mit der Erhaltung der Stadt als Lebensbereich und mit dem Umweltschutz muß ausdrücklich hingewiesen werden. Diesbezüglich werden wir leidenschaftlich opponieren, wenn die Betonlobby Neustadt zu einer "autogerechten Stadt" umfunktionieren will. (Generalverkehrsplan).

Denkmalschutz heißt im engsten Sinne Schutz und Erhaltung kunsthistorisch wichtiger Bauten und Anlagen, Gärten und Parks

Außerdem aber die Erhaltung und Renovierung von Gebäuden, welche die historische Entwicklung des Gemeinwesens in ihrer kulturellen und soziologischen Enstwicklung widerspiegeln.

Uns geht es also um die Erhaltung des gewachsenen Stadtbildes und seiner spezifischen Atmosphäre.

Bei Neubauten muß daher beachtet werden, daß die Geschoßhöhe auf die allgemein vorhandene Bauhöhe begrenzt wird und die architektonische Gliederung des Neubaues der Struktur der älteren Nachbargebäude in etwa angepaßt wird. Straßen, Plätze, Gärten etc. sind der eigentliche Lebensraum der Stadtbewohner, indem sie ihre Isolierung überwinden und am Leben teilhaben können. Die allmähliche Rückdrängung dieser Lebensbereiche erfolgte durch die Motorisierung und die menschenfeindliche Architektur "moderner" Städte. (Z. B.: Alter Turmplatz).

Eine Umkehr diese Prozesses in Richtung auf Verhältnisse, wie noch existierend in südeuropäischen Ländern, wäre ein humaner Akt und ist Anliegen grüner Stadtpolitik.

Dazu gehört die Beseitigung der Ursache: Die Rückdrängung des Autos und die Rückgabe der Straße an den Menschen, wie es in den Fußgängerzonen weitgehend geglückt ist. Folgende Maßnahmen gehören u. a. dazu:

- Aufstellung von Sitzgelegenheiten, ggf. Tischen
- Bepflanzung von Überdächern. Attraktive Gestaltung von Haltestellen.
- Möglichkeiten zum Musizieren und Spielen (Kinder und Erwachsene).
- Förderung von Straßencafés.

Verwendung natürlicher Materialien anstatt Beton und Plastik.

- Straßen als Ausstellungsraum für Künstler.
- Saubere Spielplätze; Grün statt Beton und Gerümpel.

SOZIALES

In einer Zeit, in der viele Bürger und Bürgerinnen von Arbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind, wird in vielen öffentlichen Bereichen eingespart. Aber gerade jetzt, in dieser schwierigen Situation, sind sie auf soziale Kontakte und Unterstützung angewiesen. Um die Voraussetzungen für solche Begegnungen zu schaffen, fordern wir:

Einrichtung von Stadt- oder Ortsteilzentren, in denen Selbsthilfeprojekte für unterschiedliche Gruppen möglich sind.

Ausländische Arbeitnehmer

Auch unsere ausländischen Mitbürger/innen sind von diesen Sparmaßnahmen betroffen. Um ihre Intergration zu erleichtern und um ihnen ein Mitbestimmungsrecht zu ermöglichen, fordern wir:

- das Kommunale Wahlrecht für ausländische Bürger/innen. Für ausländische Kinder soll die Möglichkeit bestehen, sowohl in der deutschen Sprache unterrichtet zu werden, als auch zusätzlich in ihrer Muttersprache. Im Unterricht muß versucht werden, die Kultur der ausländischen Schüler zu berücksichtigen, um sie deutschen Kindern näher zu bringen.

Kinder

Seit dem 1. 3. 1984 ist eine neue Verwaltungsvorschrift des Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt in Kraft, das Fortschritte im sogenannten "Kindergartengestz" wieder zurücknimmt. Dies bedeutet Kürzung des pädagogischen Personals bei gleichzeitiger Erhöhung der Gruppenzahl.

Diese Maßnahmen sind für Erzieher und Kinder unverantwortlich, sie behindern ein pädagogisch sinnvolles und individuelles Arbeiten.

Die Kommune Neustadt soll darauf einwirken, daß:

a) in ihrem Einzugsgebiet zusätzlich Kindergartenpersonal eingestellt wird.

b) die Kindergruppen wieder verkleinert werden.

Davon betroffen sind besonders berufstätige und/oder alleinerziehende Väter und Mütter. Viele Kindergärten können auf grund der Personalkürzung keine Ganztagesplätze zur Verfügung stellen, bei denen die Kinder auch verpflegt werden. Dies bedeutet für Eltern und Kinder eine zusätzliche Belastung. Deshalb:

- Ausbau der Ganztagesplätze

Seit einiger Zeit ist in Neustadt die Kinderkrippe, in der Kinder bis zu drei Jahren betreut wurden, geschlossen. Kleinkinder berufstätiger oder alleinerziehender Väter und Mütter müssen Pflegestellen von "Tagesmüttern" versorgt werden. (Tagesväter haben sich bis jetzt leider noch nicht gemeldet). Gerade im Innestadtbereich fehlen jedoch noch Plätze. Um die sicherlich sinnvolle Entwicklung dieser Betreuung auszubauen und zu fördern, schlagen wir vor:

- Der Pflegesatz von ca. 240 DM monatlich für die Tagesmutter (das sind 12 DM pro Tag, wovon noch Nahrung finanziert werden muß) soll durch einen Zuschuß der Stadt erhöht werden.
- Regelmäßige, qualifizierende Fortbildungsangebote für Tagesmütter.



Jugend

Betrachten wir die Initiativen der xy-Parteien im jetzigen Stadtrat, so drängt sich der Eindruck auf, daß Jugendliche die "Stiefkinder" unserer Stadt sind.

Zum einen sind Jugendliche in sehr hohem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen oder finden - wenn überhaupt nur schwer eine Lehrstelle. Zum anderen ist das sogenannte Kultur- und Bildungsangebot kaum auf die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen zugeschnitten.

Der von der Stadt für teures Geld eingerichtete "Jugendtreff" findet bei Jugendlichen über 17 Jahren keine Resonanz.

Eigene Initiativen in Sachen Kultur oder Tanzveranstaltungen (Wolfsburgfest / Sylvesterparty) werden von den Stadtoberen sehr oft behindert oder gar abgeblockt.

Somit entsteht die Situation, daß viele Jugendliche in kommerzielle Gaststätten oder in die Fänge von Spielhöllen getrieben werden. Durch fehlende Möglichkeiten, Freizeit sinnvoll zugestalten, bleibt Resignation unter den Jugendlichen nicht aus.

Wir werden mit besonderem Nachdruck darauf hinwirken, daß hier in Neustadt die Interessen von Jugendlichen einmal vertreten werden. Wir forden:

- Ausweitung des Jugendzentrums
- Konzeptionsveränderung dahingehend, daß auch ältere Jugendliche mit einbezogen werden.

Drogenprobleme

Während man in Neustadt versucht, mit der legalen Droge Alkohol Touristen zu locken, wird das Suchtproblem, auch bei uns, immer größer Besonders Jugendliche versuchen immer mehr, sich mit Hilfe von Alkohl, Medikamente oder Heroin eine Umwelt erträglich zu machen, die ihnen keine Perspektiven bietet. Gerade in einer Zeit, in der sich soziale Probleme verschärfen, wird Alkohol- oder Drogenabhängigkeit immer gegenwärtig sein.

Um die Betroffenen - besonders Jugendliche und junge Erwachsene- besser unterstützen zu können, fordern wir:

- Ausbau der Alkohol- und Drogenberatung Neustadt (z. B. durch Erhöhung der Personalkostenzuschüsse) zu einer Jugendberatungsstelle
- Die Einrichtung einer Teestube für die Drogenberatung, auf auf die schon lange verzichtet werden muß, weil die Kommune noch keine Räumlichkeiten (obwohl vorhanden) zur Verfügung stellt.

Alte Menschen

In unserer Stadt leben überdurchschnittlich viele ältere Mitbürger. Damit sie ihren Lebensabend sinnvoll verbringen und gestalten können, sind sie auf unsere Unterstützung angewiesen, weil auch im Alter jeder Mensch das Recht auf ein Leben innerhalb unserer Gesellschaft hat. Wir GRÜNE setzen uns für ein menschenwürdiges Altwerden ein. Dazu ist notwendig:

- Verstärkte finanzielle Unterstützung der offenen Altenhilfe, welche alten Menschen ermöglicht,in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben.
- Ausbau des "mobilen sozialen Hilfsdienstes" (MSHD).
- förderung von Altenselbsthilfegruppen (z. B. Graue Panther) und Altenwohngruppen.
- Erhöhung des Pflegepersonals in den Heimen, um dem weitverbreiteten Übel der Massenabfertigung und des mißbräuchllichen Einsatzes von Psychopharmaka zur Ruhigstellung der "Insassen" entgegenzuwirken.

(Wieso ist es eigentlich nicht möglich, bei Pflegesätzen von bis zu 100 DM pro Tag für Pflegefälle, eine bessere personelle Ausstattung und Betreuung zu ermöglichen?).



FRAUEN

Die Jahrhunderte alte Unterdrückung der Frauen, über die so viel geredet wird, dauert noch hundert Jahre länger, wenn wir die Voraussetzungen für eine Änderung nicht schaffen. Um solche Bedingungen zu verwirklichen, gibt es auch im kommunalen Bereich Möglichkeiten.

wir fordern deshalb:

Bildung

Wir brauchen ein Frauenreferat in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen (z.B. VHS). Das Bildungsangebot für Frauen in Neustadt muß speziell im politischen und handwerklichen Bereich erweitert werden. Wir können und wollen mehr als Nähen, Kochen, Basteln und Kinderkriegen.

In vielen Bereichen haben wir die Erfahrung gemacht, daß sich Frauen Männern gegenüber unsicher und unverstanden fühlen. Aus diesem Grund sollen Bildungsangebote von Frauen für Frauen gemacht werden.

Damit uns die Männer und Jungen in nichts nachstehen müssen, sollen für sie Kurse im hauswirtschaftlichen Bereich und der Kindererziehung eingerichtet werden.

Frauenarbeit

In NW stehen 64 % Männer und 36 % Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, jedoch sind verhältnismäßig mehr Frauen von der Arbeitslosigkeit betroffen: es sind 45 % aller als arbeitslos gemeldeten Personen.

Im Februar 1984 gaben von 3.888 arbeitslosen Personen 425 an, sie können nur Teilzeitarbeit leisten. ES SIND ALLES FRAUEN!

Ein Zeichen dafür, daß Frauen immer noch in erster Linie für den Haushalt und Kindererziehung verantwortlich sind und erst an zweiter Stelle berufstätig sein können.

Deshalb haben wir folgende Vorstellungen:

- Die unbezahlte Arbeit der Frauen als Hausfrau und Mutter muß zwischen Männern und Frauen aufgeteilt werden. Deshalb wollen wir Teilzeitarbeitsplätze im öffentlichen Dienst für alle Männer und Frauen, die keinen Acht-Stunden-Tag arbeiten möchten. Die Stadt könnte hiermit auch privaten Unternehmen ein Beispiel geben.
- Für junge Frauen ist es ungleich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu finden, besonders in den sogenannten Männerberufen. Wir wollen daher, daß die Stadtverwaltung die vorhandenen Ausbildungsplätze zur Hälfte für junge Frauen zur Verfügung stellt, dies gilt auch für den technischen Bereich.

Beratungsstellen für Frauen

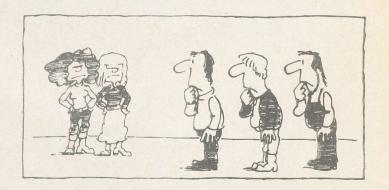
Die Problematik, die mit Verhütung und Schwangerschaft zusammenhängt, ist ein wichtiger, völlig den Frauen zugeordneter Bereich. Deswegen fordern wir eine Beratungsstelle für Frauen:

- Entweder die Zusicherung der Stadt, eine unabhängige Initiative wie z. B. pro familia zu unterstützen
- oder die Einrichtung einer Beratungsstelle, die dem Gesundheitsamt oder der Familienfürsorge angegliedert sein kann. Aufgaben einer solchen Stelle sind:
- Beratung über Empfängnisverhütung, wobei ein Schwerpunkt auch natürliche Methoden sind.
- Schwangerschaftskonfliktberatung (dies wäre in NW wichtig, da es hier nur zwei konfessionelle Stellen gibt).
- Betreuung in allen Bereichen, die mit Schwangerschaft zu tun haben.
- Beratung in allen Fragen der Sexualität, Partnerschaft, Familie und Gesundheit.

Frauenhaus

Durch die traditionelle Rollenverteilung in der Familie, nimmt die Frau eine schwächere Position ein. Eine Auswirkung der Überlegenheit der Männer ist die körperliche Mißhandlung von Frauen und Kindern. Wir können kein Frauenhaus fordern, weil dies eine Initiative von Frauen mit Frauen sein soll. Ein von der Stadt Neustadt verwaltetes Frauenhaus entspricht nicht unseren Vorstellungen. Aber wir fordern vorab die Zusicherung einer finanziellen Unterstützung der Stadt für eine autonome Initiative.







KULTUR

Wir setzen uns ein für die Schaffung einer vielfältigen Kulturszene:

dahingehend, daß die Stadt Neustadt nicht nur den Weinfesten frönt, nicht nur das Vereinsleben fördert, sondern auch räumliche und finanzielle Unterstützung für die kulturelle Arbeit von Kleinkunstgruppen und jungen Künstlern gewährt. (Z. B. durch Streichung oder Reduzierung von Saalmieten stadteigener Hallen).

Auch sollte der bald fertiggestellte "Saalbau" wegen der hohen Saalmieten nicht "reserviert" werden nur für finanzkräftige Vereine oder Organisationen (z. B. ACN, Weinbruderschaft . . .).

Der Nebensaal oder ggf. der große Saal müßte auch für weniger finanzkräftige Vereine, Musikgruppen, Theatergruppen, Organisationen angeboten werden.

Wir wollen darauf hinwirken, daß das Neustadter Kulturamt auch kritische Geister und Kulturschaffende nach Neustadt einlädt, damit auch nicht-konforme Kabarettisten (Liedermacher, Musikgruppen, Künstler) in unserer Stadt ein Forum finden

Nebenbei: Es darf hier nicht länger als Zivilcourage gelten, nicht länger "eine mutige Entscheidung" genannt werden, wenn ein Mitarbeiter des Kulturamtes einen aufmüpfig-kritischen Kabarettisten nach NW einlädt! (Wie geschehen).

Wir treten dafür ein, daß hier in Neustadt endlich auch die Jugendlichen gefragt werden, welche kulturellen Angebote und Entfaltungsmöglichkeiten sie wünschen.

Kultur darf hier nicht länger degradiert sein auf passives Konsumieren durch das Lösen der Eintrittskarte.

Wir wollen die Stadt drängen, leerstehende Räumlichkeiten für Kleinkunstgruppen, Puppenspieltheater, Musikern, usw. zur Verfügung zu stellen. (Proberäume).

Wir denken auch an ein **Bürgerhaus**, indem sich ältere und junge Mitbürger zusammenfinden können, das eben nicht nur von Vereinen genutzt wird. Ein Ort für Diskussionsrunden, Filmvorführungen und kleinen Kunstausstellungen, ein Kommunikationszentrum als Begegnungstätte über alle Altersgrenzen hinweg.

Dies böte die Chance, die Kluft zwischen Jung und Alt zu verkleinern und über politische Diskussionsrunden, z. B. auch die Meinung der Bürger zum politischen/kulturellen Geschehen zu erfahren

Auch brächte dieses Projekt viele sonst ziemlich isolierte Gruppen und Organisationen zusammen, welche sonst nur unter Mühen ihre Anliegen und Interessen artikulieren können (z. B. CeBeF, Amnestie International, AK 3. Welt ...).

Wir betrachten das Programmangebot der hiesigen kommerziellen Kinos als dürftig und nur auf die Profitsteigerung zielend. Wir wollen darauf hin arbeiten, daß die Monopolstellung des kommerziellen Kinos gebrochen wird, um über eine Konkurrenz etwa, ein vielfältigeres, anspruchsvolleres Angebot an künstlerisch wertvollen Filmen zu ermöglichen.

Besonders aufmerksam wollen wir im Stadtrat beobachten, ob nach Parteienproporz öffentliche Aufträge (Kunstwerke) an politisch nahestehende Künstler oder Architekten vergeben werden

Diesen Mißstand wollen wir über öffentliche Ausschreibungen oder Ideenwettbewerbe beseitigen.

Neustadt muß auch Anziehungspunkt für Straßenmusiker und -schauspieler werden.

Denkmäler

Wir halten es für wichtig, daß neben dem Kriegerdenkmal in der Fußgängerzone aller Opfer des 3. Reiches gedacht wird, auch solcher, die gegen das NS-Regime Widerstand geleistet haben, oder Opfer des Faschismus wurden.

Wir fordern eine Gedenkplatte am Gebäude der ehemaligen GeStaPo, (heutige franz. Interpendance), wo zur Zeit des Nazi-Faschismus im Keller etliche Juden, wie polnische und russische Gefangene verhört und mißhandelt wurden.

Außerdem treten wir dafür ein, daß z. B. in Form eines Wettbewerbs Neustadts Schüler, wie auch andere Bürger über die Nazi-Epoche unserer Stadt recherchieren und Judenverfolgung (Reichskristallnacht) am Beispiel Neustadt belegen.



Neue Medien

Die Bundesregierung und die rheinlandpfälzische Landesregierung haben Großes vor in Sachen "neue Medien". Die bundesweite Einführung von Bilschirmtext steht bevor. Auch in Neustadt und Umgebung wurde im Rahmen des Ludwigshafener Kabelpilotprojektes mit sog. Breitband-Kupferkoaxialkabeln "verkabelt". Eine Technik steht nun vor der Haustür, die selbst alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt als "akuter und gefählicher als Kernenergie" bezeichnet hat, ohne daß sich bisher größerer Widerstand geregt hätte.

Beim BTX werden über die bestehenden Telefonnetze, durch Zwischenschaltung eines speziellen Empfangsgerätes, Informationen von zum größten Teil privaten Programmanbietern in Schriftform auf privaten Fernsehern sichtbar gemacht. Sämtliche Programmangebote, wie auch die Programmanforderungen, laufen dabei über Großrechenanlagen der Bundespost.

Die Verdienstchancen der Betreiber durch neue, individuell zu zahlende Abrufdienste und durch das erhöhte Werbekontingent -in Rheinland-Pfalz bis zu 12 Min. pro Sendestunde (20% der Sendezeit!) und die Möglichkeit zunehmender Massenmanipulation durch ständige TV-Berieselung machen die Neuen Medien für Industrie und Regierung schon sehr attraktiv.

Noch lukrativer dürfte aber der Einsatz der neuen Techniken für die Geschäftskommunikation sein: Neben BTX z. B. Bürofernschreiber, Fernkopieren, elektronische Briefübermittlung, Telefonkonferenzen, Datenverbände etc.

Für das Bildschirmtextsystem (BTX) gibt es keinen echten Bedarf in der Bevölkerung. Das Interesse hierfür kommt von Firmen wie IBM, Siemens, SEL usw., die sich vom Einstieg in die Kommunikationstechnologie Milliardengeschäfte versprechen und von Banken, Versicherungen, Versandhandel, Post und Werbewirtschaft usw., die BTX als Rationalisierungstechnologie einsetzen wollen.

BTX ist die permanente Volkszählung - es macht unser Sozialverhalten überwachbar! Dieses System bietet unüberschaubar viele Möglichkeiten zur Überwachung sozialen Verhaltens, zur Manipulation von (Verbraucher-) Verhalten und zum unerlaubten Zugriff auf personenbezogene Daten. Durch die BTX-Zentrale der Post müssen sämtliche Daten und Informationen hindurch. Dort werden sie gespeichert und sind auswertbar für Firmen (bei externen Rechnern) oder für den Verfassungsschutz.

Wer sich BTX anschließen läßt, soll seine Bankgeschäfte, Einkäufe, Briefe etc. per BTX von zu Hause aus erledigen und damit unentgeltlich Arbeiten von Angestellten im Dienstleistungsgewerbe verrichten, deren Arbeitsplatz dadurch vernichtet wird. BTX macht auch die Einrichtung computerge-

steuerter Heimarbeit möglich, wovon vor allem Frauen betroffen sein werden, die dann zu Hause monotone Verwaltungsarbeiten zu verrichten haben.

Wir wenden uns gegen eine Computerkultur, in der die Menschen durch den Mensch-Maschine-Dialog vereinsamen!

Statt 60 Milliarden Steuergelder für unverantwortliche Technologieprojekte zu verschwenden, ist es notwendig, den Finanzbedarf von Kulturprojekten, des Bildungsbereiches und des Umweltschutzes zu decken.

Anstatt die heute schon technisch-veralteten Kupfer-koaxialkabel zu verlegen, brauchten wir dringend eine "Brauchwasserleitung", um den oftmals unsinnigen Verbrauch an wertvollem Trinkwasser einzuschränken.

Die am Kabelfernsehen interessierte Industrie möchte die Sache durch das Angebot eines "offenen Kanals" schmackhaft machen. Mehr Demokratisierung und Bürgerbeteiligung im Bereich der Massenmedien ist zu begrüßen. Bürgerbeteiligung im Sinne eines "offenen Kanals" könnte sein:

Freier Zugang der Bürger, autonomer Produktionen, zensurfreie Ausstrahlung, Förderung der stadtteilbezogenen Kommunikation in überschaubaren Zusammenhängen und Einbeziehung kulturell-engagierter Gruppen.

Dagegen ist für den zwischenmenschlichen Bereich zu befürchten:

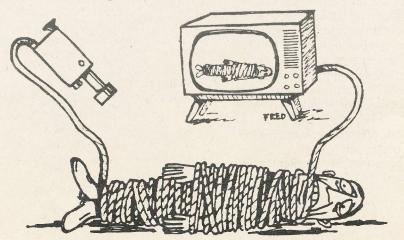
- Verarmung der sozialen Kontakte

- Verstärkung einer passiven Konsumhaltung des Einzelnen
- Ersetzung menschlicher direkter Kommunikation durch kalte technische Einweg-Kommunikation
- Intensivere Manipulationsmöglichkeiten der Bürger
- Zunahme der psychischen Krankheiten und gesellschaftliche Fluchttendenzen.

Warum Sie sich an den Neuen Medien nicht beteiligen sollen:

- Als Nutzer tragen Sie zur Vernichtung von Millionen von Arbeitsplätzen bei. Vielleicht ist Ihr eigener auch darunter!
- Neue Medien schaffen die Voraussetzung für eine Kommerzialisierung des Rundfunk- und Fernsehsystems.
- Wollen Sie, daß wie in Amerika, ihr Fernsehprogramm alle fünf Minuten von Werbung unterbrochen wird?
- Die Kosten, die auf Sie als Nutzer zukommen, sind heute noch unübersehbar.
- Der Komfort der Neuen Medien geht einher mit Vereinzelung, Erfahrungsverlust und psychicher Verarmung.

Wir wollen auch im Stadtrat die Öffentlichkeit auf diese Gefahren hinweisen. Denn, wenn wir alle an den Neuen Medien nicht teilnehmen, können wir sie noch verhindern!



WIRTSCHAFT

Die bisher praktizierte Politik zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist gescheitert. Durch zunehmenden Einsatz von Computern und damit einhergehenden Rationalisierungsmaßnahme wird die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen. Die für eine Vollbeschäftigung notwendige jährliche Wachstumsrate von durchschnittlich 6 % ist nicht annähernd zu erreichen. Ein Wachstum ohne Grenzen wäre überdies weder möglich noch sinnvoll.

Wir sind der Ansicht, daß die langjährige Wirtschaftskrise und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit als deren schlimmste Auswirkung im derzeitigen Wirtschaftssystem begründet liegt.

Grundsätzliche Ziele GRÜNER Wirtschaftspolitik

Leitlinie des wirtschaftlichen Handelns ist der individuelle und unmittelbare Profit. Die Allgemeinheit bekommt die oft verheerenden Auswirkungen zu spüren und muß die Folgekosten tragen.

Die zukünftige Wirtschaftspolitik muß sich demgegenüber an folgenden Leitlinien orientieren:

- Das vorrangige Ziel des Wirtschaftens ist der gemeinschaftliche Nutzen.
- Qualitatives Wachstum hat Vorrang vor Quantitativem.
- Kleinere und mittlere Betriebe sind Großbetrieben vorzuziehen.

Auf folgenden Ebenen müssen wirtschaftspolitische Eingriffe vorgenommen werden:

Raum- und Flächennutzungsplan

Die Schaffung neuer Gewerbegebiete hat meist ein völliges Auseinanderreißen von Wohn- und Gewerbegebieten zur Folge. Es ist daher notwendig, Mischgebiete auszuweisen, in denen eine enge Anbindung von Arbeit, Wohnen und Freizeit möglich ist.

Auch die Umfelder bestehender Gewerbegebiete müssen planerisch so behandelt werden, daß dort Wohnen und Freizeitbetätigung wieder möglich ist.

Brachliegende Gewerbegebiete sind wieder einer Nutzung zuzuführen.

Wirtschaftliche Strukturen

Kommunale Wirtschaftspolitik muß sich bemühen, möglichst gemischte Strukturen aufzubauen. Damit könnten die Grundbedürfnisse der Bevölkerung ohne überflüssigen Transportaufwand befriedigt werden, und die Region wäre weniger krisenanfällig. Die ökölogischen Vorteile der Verkettung einzelner Wirtschaftszweige (Abwärmenutzung, direktes Recycling usw.) könnten voll ausgeschöpft werden.

Während sich Menschen zunehmend Streß am Arbeitsplatz, vermehrte Schichtarbeit und Überstunden kaputtarbeiten müssen, haben andere unter der Dauerarbeitslosigkeit mit all ihren schwerwiegenden Folgen zu leiden.

Wir halten dies für einen unzumutbaren Zustand.

Es ist dringend erforderlich, daß:

- Arbeit entsprechend den Anforderungen einer menschenwürdigen Existenz organisiert und verteilt wird.
- Produktionstechnologien entwickelt werden, die gesellschaftlich kontrollierbar und ökologisch verträglich sind.
- als erster Schritt zu einer gleichmäßigen Verteilung der Arbeit die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen eingeführt wird.

Aus der Kritik der bestehenden Verhältnisse und vor allem der derzeitigen Wirtschaftsordnung sollte sich bei den Betroffenen das Selbstbewußtsein entwickeln, daß sie gesellschaftliche Prozesse selbst entschieden besser organisieren können, als dies durch die Regie des (internationalen) Kapitals geschieht.

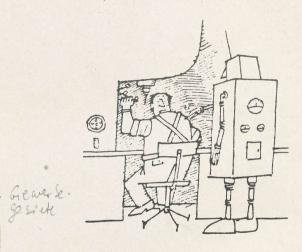
Grüne Politik gegen Arbeitslosigkeit im Raum Neustadt Im Raum NW hat die Arbeitslosigkeit einen Stand von über 11 % erreicht. Besonders betroffen sind Frauen, Jugendliche, Berufsanfänger, ältere Arbeitnehmer, ungelernte Arbeitskräfte und Ausländer.

Einzelmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Personalpolitik

Wir fordern die Stadt Neustadt auf, bei ihrer Personalpolitik im öffentlichen Bereich voranzugehen, d. h. bei Beibehaltung der Sozialleistungen

- mehr Teilzeitarbeitsplätze schaffen
- vermehrt durch Arbeitslosigkeit besonders Betroffene (Frauen, Behinderte usw.) einzustellen;
- zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche bereitzustellen;
- die gesetzlich vorgeschriebene Mindestquoten für Behindertenarbeitsplätze zu erfüllen.



"Mach' mal Platz, Kollege! Ich bin die Arbeitsplatzbeschaffungsinvestition!"

Abbau von Überstunden

Wären im Jahr 1982 keine Überstunden geleistet worden, so hätten bei der 40-Stunden Woche rund 1,1 Millionen Arbeitslose einen Arbeitsplatz gehabt. Wir lehnen deshalb Überstunden im kommunalen Verwaltungs- und Fürsorgebereich ab.

Statt dessen fordern wir:

- Schaffung neuer Arbeitsplätze, vornehmlich Teilzeitstellen. Dies ist nicht ohne zusätzliche Kosten möglich. Die Kosten für einen Arbeitslosen jedoch betrugen 1981 28.000 DM;
- Einschränkung der Nebenbeschäftigungen:

Zu einer Hauptbeschäftigung -meist noch als Honorarbasiszusätzlich ausgeübte Tätigkeiten widersprechen einem solidarischen Verhalten gegenüber Arbeitslosen. Wir lehnen es beispielsweise ab, daß an der Neustadter Volkshochschule vollbeschäftigte bzw. verbeamtete Lehrer(innen) eine zusätzliche Tätigkeit auf Honorarbasis ausüben, wenn dafür auch arbeitslose Kollegen(innen) eingesetzt werden können.

Einzelmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit auf Wunsch des Arbeitnehmers

Arbeitnehmer(innen), die weniger arbeiten wollen und dafür ein niedrigeres einkommen in Kauf nehmen, sollten solche Formen der Teilarbeitszeit ermöglicht werden, die ihren Wunsch nach selbstbestimmten Arbeitszeiten unterhalb der täglichen und wöchentlichen Normalstundenzahl entsprechen.

Verbesserung der Situation der Arbeitslosen im Raum Neustadt

Wir erklären uns mit den Arbeitslosen solidarisch und unterstützen einen Forderungskatalog, der bei einem Treffen von Arbeitsloseninitiativen in Westfalen in Zusammenarbeit mit der ev. Kirche erstellt wurde.

Dieser Katalog ist u.a. bedeutsam im Hinblick auf die finanzielle Sicherung der Arbeitslosen, die gewerkschaftliche und gesellschaftliche Einbindung der Arbeitslosen, Beschaffung und Finanzierung von Arbeitsplätzen durch Lebens- und Wochenarbeitszeitverkürzung.

- Fahrpreisermäßigung im öffentlichen Nahverkehr.

- Ermäßigung bei Veranstaltungen im sportlichen und kulturellen Bereich.

Auch Arbeitslose haben ein Recht, für ihre Gesundheit und Unterhaltung zu sorgen. Eintrittspreise und Beiträge sind aber häufig unbezahlbar hoch. Für VHS-Kurse kostenlose Kursangebote.

- Nur wenige Gewerkschaften nehmen Arbeitslose als Mitglieder auf; deshalb fordern wir die volle Mitgliedschaft der Arbeitslosen bei den Gewerkschaften.

- Durchführung eines Arbeitslosenhearings im Neustadter Stadtrat. Dieser soll sich ausführlich mit der Situation der Aarbeitslosen befassen. Arbeitslose sollten selbst von ihren Erfahrungen berichtenund Vorschläge einbringen.

- Unterstützung vonArbeitsloseninitiativen. Solange die Massenarbeitslosogkeit anhält und die Arbeitslosen verwaltet werden, müssen sie sich gegenseitig unterstützen. Nur von wenigen Institutionen, wie z. B. von der ev. Kirche, einigen Gewerkschaften und Städten werden die Initiativen unterstützt. Hier ist eine breitere Unterstützung nötig!

- Errichtung eines Arbeitslosenzentrums in Neustadt. Für alle Arbeitslosen gibt es eine Menge persönlicher, sachlicher und finanzieller Probleme. Die üblichen Beratungs- und Informationsangebote reichen nicht aus. Arbeitslose brauchen Gesprächspartner und Treffpunkte, in denen sie sich gegenseitig helfen und auf ihre Lage aufmerksam machen können.



FRIEDEN

Neustadt ist Standort von französischen und amerikanischen militärischen Einrichtungen. Geinsheim ist Atomwaffenstützpunkt. Damit steht Neustadt sicherlich auf der Liste der "Johnenden Angriffsziele".

Schon deshalb, aber auch in der Überzeugung, daß Frieden nicht mit Rüstung zu erreichen ist, lehnen wir jede Waffenstationierung in und um Neustadt entschieden ab.

Wir unterstützen die Forderung der Neustadter Friedensinitiative nach einer atomwaffenfreien Zone NW.

Paralell dazu wollen wir eine Stadt in der DDR auffordern, sich ebenfalls zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, um so beiderseitig ein Zeichen gegen den ständig anhaltenden weltweiten Rüstungswahnsinn zu setzen und um das Mißtrauen, das gerade zwischen BRD und DDR so erschreckend groß ist, abzubauen. Dies könnte darüberhinaus den Grundstein legen für eine Städtepartnerschaft wie zu Lincoln und Macon, die Menschen über Ideologie- und Staatsgrenzen hinweg miteinander in Kontakt bringt.

Auskunft über in Neustadt gelagerte Waffen

Wir werden genaue Auskunft über Art und Anzahl der in Neustadt gelagerten Waffen verlangen. Dies scheint uns besonders wichtig angesichts der Aufforderung von Verteidigungsminister Wörner an die Amerikaner, die NATO-Nachrüstung so "diskret wie möglich" vorzubereiten (DER SPIE-GEL,21/83).

Ablehnung der "Blauen Pfeile"

Nach der Haager Konvention von 1954 können unbewegliche Kulturgüter mit dem "blauen Pfeil" gekennzeichnet werden, um im "Konfliktfall" (d. h. Krieg) geschützt zu sein.

Wir halten es angesichts der modernen Waffensysteme für sarkastisch, glaubenmachen zu wollen, daß einzelne Bauwerke aufgrund des "blauen Kuckuck" einen Atomkrieg überstehen können.

Da der Schutz aller Lebewesen im Vordergrund stehen muß, lehnen wir eine mögliche Kennzeichnung Neustädter Kulturgüter entschieden ab.

Tiefflugübungen und militärische Übungsflüge

Die Gefährlichkeit von Tiefflugübungen muß nicht erst durch die tragischen Unglücksfälle der letzten Zeit bewiesen werden. Darüber hinaus sind gerade historisch wertvolle Gebäude durch die bei den Überschallflügen beim Durchbruch der Schallmauer entstehenden Erschütterungen akut gefährdet, von der Lärmbelästigung ganz zu schweigen.

Wir fordern den Neustädter Stadtrat auf, sich bei den veantwortlichen Militärs dafür einzusetzen, daß Tiefflüge und militärische Überschallflüge über Wohngebieten unterbunden werden.

Schutzraumbau

Wir werden die Bevölkerung über die Sinnlosigkeit sogenannter Schutzräume aufklären. Wir werden etwaigen Schutzraumbauvorhaben der Kommune ablehne und uns dafür einsetzen, daß die hierbei eingesprten Gelder für Friedensforschung und für Maßnahmen, die den Geist, die Logik und die Politik der Abschreckung überwinden, eingesetzt werden.



Die Neustadter GRÜNEN treffen sich jeden 2. und 4. Freitag im Monat um 19.30 Uhr im Holzhof. Zu diesem Treffen sind alle Sympathisanten, Interessierte und Freunde recht herzlich eingeladen.

Wenn Ihr sonst noch irgend etwas wissen wollt, wendet Euch an folgende Adressen:

Charlotte Brandt Zum Ordenswald 51 Mußbach Reiner Trometer Goethestr. 59 Lachen Oliver Schwalb Im Ringel 26 Lachen



BEITRITTSERKLÄRUNG Hiermit beantrage ich meinen Beitritt zu der Partei DIE GRÜNEN

Name:	Vorname:
Straße:	Haus-Nr.: TelNr.:
PLZ: Wohnort:	
	Beruf:
	Kreisverband:
Meinen Mitgliedsbeitrag in Höhe halbjährlich / jährlich.	vonDM monatlich zahle ich monatlich/
Ort:	Datum:
Unterschrift:	



Was ist der Mensch ohne die Tiere?
Wären alle Tiere fort, so stürbe
der Mensch an großer Einsamkeit des Geistes. Was immer den
Tieren geschieht — geschieht
bald auch den Menschen.
Alle Dinge sind miteinander verbunden. Was
die Erde befällt, befällt
auch die Söhne der
Erde.

Lehrt Eure Kinder, was wir unsere Kinder lehren:

Die Erde ist Eure Mutter.

Denn das wissen wir — die Erde gehört nicht den Menschen — der Mensch gehört der Erde. Der Mensch schuf nicht das Gewebe des Lebens, er ist darin nur eine Faser. Was immer Ihr dem Gewebe antut, das tut Ihr Euch selber an.

Aus einer Rede des Indianerhäuptlings Seattle aus dem Jahre 1855

V. i. S. d. P.:

DIE GRÜNEN, Kreisverband Neustadt an der Weinstraße

Umschlagentwurf: Jutta Fruebis

Redaktion: Basisgruppe der GRÜNEN NW

Konto: 4146 (BLZ 54661497)

Raiffeisenbank Bad-Dürkheim-Nord

6701 Kallstadt

Vervielfältigungen, auch auszugsweise, nicht nur erlaubt, sondern ausdrücklich erwünscht!